

## Atommüll wächst in NRW auf über 13 000 Tonnen

# Wohin mit der radioaktiven Altlast?

### HILMAR RIEMENSCHNEIDER



In Jülich lagert der Hauptteil des radioaktiven Abfalls in NRW. Foto: dpa

Auch wenn das Kapitel Atomenergie in NRW längst zugeschlagen ist, nimmt die Menge radioaktiver Abfälle weiter zu. Von 2010 bis 2017 wurden an insgesamt sechs Standorten 5824,5 Tonnen Atommüll neu eingelagert: Insgesamt liegen in Ahaus, Gronau, Hamm-Uentrop, Jülich, Krefeld und Würgassen damit 13 327 Tonnen nuklearer Abfälle in Zwischenlagern, dazu kommen die Transportbehälter. Nach diesen Zahlen, die Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart in einer am Montag veröffentlichten Antwort an die Grünen-Fraktion nennt, besteht der Atommüll mit 11 334 Tonnen vor allem aus Betriebs- und Stillle-

gungsabfällen alter Atomreaktoren. Mehr als die Hälfte (6529) liegt in Jülich, fast 5000 Tonnen liegen am 1994 stillgelegten Atomkraftwerk Würgassen und 1400 Tonnen im Zwischenlager Ahaus.

Die Fracht mit dem höchsten Risiko macht gerade einmal 0,47 Prozent der Gesamtmenge aus, wird aber wegen ihrer Gefährlichkeit sogar auf das Tausendstel Gramm gemessen: 63,17 Tonnen hoch radioaktiver Brennelemente lagern in NRW. Im Zwischenlager Ahaus sind 62,62 Tonnen in 329 Castorbehältern untergebracht, weitere 523 Kilogramm befinden sich in 152 Castoren auf dem als erdbebengefährdet eingestuftem Gelände des früheren Forschungsreaktors in Jülich. „Wir drängen darauf, dass dieses Lager, das keine Genehmigung hat, unverzüglich geräumt wird“, betonte Bundesumweltministerin Svenja Schulze. Die Atomaufsicht im NRW-Wirtschaftsministerium hatte die Räumung 2016 angeordnet.

Doch was unverzüglich bedeutet, ist ebenso ungeklärt wie die Frage, wo der ausgediente Kernbrennstoff gelagert werden soll. Im Landtag berichtete Pinkwart, dass der Neubau eines bebensicheren Zwischenlagers in Jülich mit zehn Jahren wohl zu lange dauert. Für die zweite Option, die Elemente in die USA zu bringen, liegt zwar ein Export-Antrag vor, die Umsetzung bleibt unsicher. Über den wahrscheinlichsten Weg entscheidet das Oberverwaltungsgericht Münster, vor dem die Stadt Ahaus gegen eine Lagergenehmigung für die Brennelemente im Zwischenlager geklagt hat. Wie lange das Verfahren dauert, ist offen, die Situation festgefahren. Ministerin Schulze: „Da muss das, was am schnellsten geht, gegriffen werden.“

Die Grünen-Umweltexpertin Wibke Brems nannte es „besonders bitter“ für die Ahauser, das Land sende „keinerlei Signale der Unterstützung“. Dass eine Teilgenehmigung für Stillle-

Aus der IVZ vom 17.07.2018 für Reinhard Jansing